

Zehn-Punkte-Papier für die neue Europäische Kommission

In der neuen Legislaturperiode auf europäischer Ebene kommt jetzt alles darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit der EU wiederherzustellen. Die diesbezüglichen Ankündigungen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in den „Politischen Leitlinien“ und in ihren Mandatsbriefen an die Kommissare müssen schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden. Die letzten Jahre waren geprägt von Bürokratie, kleinteiligem Mikromanagement und zusätzlichen Belastungen. In Summe hat dies für die Unternehmen ein Ausmaß erreicht, das völlig inakzeptabel ist und jegliche unternehmerische Dynamik im Keim erstickt.

Mario Draghis Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit beschreibt eindringlich, dass sich die Standortbedingungen für die Unternehmen in der EU massiv verschlechtert haben. Die EU droht hinter die USA und China dauerhaft zurückzufallen und in zentralen Bereichen den Anschluss zu verlieren. Wenn die EU nicht wieder wettbewerbsfähiger wird, kann auch der Erhalt der europäischen Grundwerte wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit nicht garantiert werden. Auch die selbstgesteckten Ziele beim Klimaschutz sind ohne eine starke Wirtschaft nicht zu erreichen. Mario Draghi beschreibt die aktuelle Situation treffend als „existenzielle Herausforderung“.

Wir wollen kein anderes Europa, wir wollen ein besseres Europa. Und das bedeutet für uns: Wir brauchen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen. Die EU muss wieder eine Gemeinschaft sein, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Sicherung des Wohlstands der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Um dies zu erreichen, haben wir im Folgenden unsere zehn wichtigsten Forderungen an die neue Europäische Kommission formuliert. An der Umsetzung dieser Forderungen muss sofort gearbeitet werden:

1. Europa unabhängiger aufstellen und die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Europa darf sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Wichtige Schlüsseltechnologien müssen identifiziert und gezielt gestärkt werden. Eine zielgerichtete Innovationspolitik muss aufgesetzt werden. Auch der Zugang zu notwendigen Rohstoffen muss gewährleistet und Energieimporte müssen reduziert werden. Bei der EU-Chemikalienstrategie muss es bei der bewährten Risikoabwägung bleiben. Ohne glaubhafte Abschreckung durch Verteidigungsfähigkeit steht zudem unsere Existenz als freie, demokratische und pluralistische Gesellschaft auf dem Spiel. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie kriegsentscheidend im Ernstfall eine leistungsfähige industrielle Basis ist. Die Antwort Europas muss in einer europäischen Verteidigungsunion mit einer vertieften gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegen. Die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung gewinnen deshalb an Bedeutung. Ebenso muss der freie Zugang der Unternehmen des Sicherheits- und Verteidigungssektors zur Kreditvergabe der Banken gewährleistet sein und darf nicht durch eine falsche Auslegung von Nachhaltigkeitskriterien erschwert werden. Die Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie muss zu einer umfassenden Stärkung des Sektors führen.

2. Europas Integration in die Weltwirtschaft vertiefen

Freihandel und internationale Arbeitsteilung sichern Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Gerade Europa, das demografiebedingt Wachstumspotenzial verliert, ist auf den freien Waren- und Dienstleistungshandel angewiesen. Die EU-Kommission muss sich deshalb für eine Stärkung des Freihandels einsetzen – sowohl multilateral als auch bilateral durch den Abschluss von Handelsabkommen. Darüber hinaus muss sich die EU für eine Reform der WTO einsetzen. Ziel muss es sein, den globalen Handel durch die Absenkung von Zöllen und die Reduktion nicht-tarifärer Hemmnisse zu liberalisieren und durch gemeinsame Vorschriften planungssicherer zu machen.

3. Transformation zur Klimaneutralität wirtschaftsfreundlich gestalten

Der Clean Industrial Deal muss mit echtem Leben gefüllt werden. Es darf nicht bei Ankündigungen bleiben. Die EU kann ihrer Verantwortung für den Klimaschutz nur gerecht werden, wenn sie Nachhaltigkeit, industrielle Produktion und Wohlstand miteinander verbindet. Daher brauchen wir eine entschlossene Industriepolitik, die die Unternehmen bei der Transformation effektiv unterstützt. Ein wirkungsvoller Carbon-Leakage-Schutz und Technologieoffenheit müssen jederzeit gewährleistet sein. Darüber hinaus muss der Zugang zu bezahlbarem Wasserstoff in ausreichender Menge sichergestellt und ein europaweites Wasserstoffnetz zügig aufgebaut werden. Auch in die Stromnetze muss angesichts des steigenden Elektrifizierungsbedarfs massiv investiert werden. Die Industrial Carbon Management Strategie muss schnell in die Umsetzung kommen. Die Klimaziele sind zudem nur zu erreichen, wenn der Hochlauf von Null-Emissions-Lkw mit einem zügigen Aufbau der Tank- und Ladeinfrastruktur, inklusive Megawatt-Charging für den europäischen Fernverkehr, einhergeht.

4. Energiekosten senken

Die hohen Energiepreise stellen einen enormen strukturellen Standortnachteil gegenüber anderen Regionen dar. Sie müssen dringend gesenkt werden, um der bereits stattfindenden De-Industrialisierung entgegenzuwirken. Wir fordern deshalb die Billigung nationaler Brückenstrompreise durch die EU. Eine aufwendige Trennung der deutschen Strompreiszone muss verhindert werden. Sie hätte eine Schwächung der Industriezentren im Süddeutschland zur Folge, was auch Europa insgesamt hart treffen würde.

5. Anwendung digitaler Technologien vorantreiben

Es müssen schnellstmöglich Hemmnisse abgebaut werden, damit europäische Unternehmen mehr Dynamik bei digitalen Anwendungen entfalten können. Insbesondere bei KI-Technologien sind die USA und China in der Forschung und der Umsetzung in konkrete Anwendungen weit voraus. Der notwendige Aufholprozess kann nur mit einem einfach anwendbaren und innovationsfreundlichen Rechtsrahmen erfolgreich sein. Auch der Aufbau von 5G- (und 6G-)Hochgeschwindigkeitsnetzen in der gesamten EU muss beschleunigt werden.

6. Überregulierung im Bereich Arbeit und Soziales stoppen

Die europäische Sozialpolitik muss sich wieder auf das Subsidiaritätsprinzip besinnen. Notwendig ist eine radikale Reduzierung von Berichtspflichten um mindestens 25 Prozent. Die verbleibenden Berichtspflichten müssen einfach, verständlich und leicht umsetzbar sein. Die Wertschöpfungskettenrichtlinie in ihrer jetzigen Form muss ganz gestrichen, zumindest aber dringend überarbeitet werden. Tework darf nicht restriktiv reguliert werden. Die beiderseitige Freiwilligkeit ist ein Grundpfeiler für interessen- und praxisgerechtes mobiles Arbeiten.

7. Europa entbürokratisieren

Wir brauchen auf europäischer Ebene dringend einen systematischen Ansatz, unsinnige Belastungen frühzeitig bei der Rechtsetzung zu vermeiden. Gleichzeitig gilt es, die Subsidiarität konsequent zu beachten und ein „One in, one out“-Prinzip einzuführen.

8. Europäischen Binnenmarkt vollenden

Der europäische Binnenmarkt ist die Grundlage für eine wettbewerbsfähige EU. Wir brauchen daher dringend eine stärkere Integration der Energiemärkte und -infrastrukturen, Erleichterungen bei der Arbeitnehmermobilität und grenzüberschreitendem mobilen Arbeiten sowie den Abbau verkehrsbeschränkender Maßnahmen im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Damit die digitale Welt nicht hinter dem physischen Binnenmarkt zurückbleibt, brauchen wir auch eine digitale Union. Im Bereich der grenzüberschreitenden Anlage- und Investitionsmöglichkeiten muss die Kapitalmarktunion weiter ausgebaut werden. Um die Effizienz im Zahlungsverkehr zu steigern, braucht es zudem den digitalen Euro als Ergänzung zum Bargeld.

9. Solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten einfordern

Eine solide Haushaltsführung ist entscheidend für nachhaltigen Erfolg der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Entsprechende Regelwerke müssen chancen- und konsolidierungsorientiert wirken. Nationale Überschuldung und daraus resultierende Verwerfungen sind zu vermeiden und wachstums- und konsolidierungsorientierte Reformen auch durch Innovationsimpulse für starke Standorte sicherzustellen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden und eine Umverteilung in großem Stil über die EU sind abzulehnen.

10. Asylzuwanderung in die Europäische Union effizient steuern

Mit Blick auf die stark steigende Zahl von Geflüchteten, die in der Europäischen Union Schutz suchen, muss die Europäische Asylreform schnellstmöglich Anwendung finden. Insbesondere die solidarische Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU und die Begrenzung der irregulären Migration müssen schnell und effektiv umgesetzt werden. Im Rahmen des neuen Migrations- und Asylnpakets ist es die entscheidende Aufgabe der Europäischen Kommission, ein funktionsfähiges europäisches Asylnsystem zu etablieren.

The logo for the Bavarian Business Association (vbw) is displayed in white text on a dark blue square background. The letters 'vbw' are in a bold, lowercase, sans-serif font.

Die bayerische Wirtschaft

Ansprechpartner

Dr. Manuel Schölles

Leiter Verbindungsbüro Brüssel

Telefon +49 (0) 89-551 78-301
manuel.schoelles@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf